

Gedämpfte Erwartungen an den G-8-Gipfel

Nur eine Vorbereitung für die G-20-Konferenz in Pittsburgh?

Laut Ministerpräsident Berlusconi ist vom G-8-Gipfel, der am heutigen Mittwoch in L'Aquila beginnt, eine Wiederherstellung des wirtschaftlichen Vertrauens zu erwarten. Grosse Beschlüsse sind aber vor dem G-20-Gipfel vom September in Pittsburgh wenig wahrscheinlich.

Tz. Rom, 7. Juli

Beim diesjährigen dreitägigen Treffen der Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten und Russlands (G-8) werden zweifellos Wirtschaftsfragen im Vordergrund stehen. Die G-8-Führer werden sich an der am heutigen Mittwoch in L'Aquila beginnenden Konferenz weiterhin mit der Bewältigung der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten befassen müssen. Der italienische Ministerpräsident Berlusconi, dessen Land turnusgemäss die diesjährige G-8-Präsidentschaft ausübt, hat Anfang Woche in einem Interview erklärt, dass er vom Gipfel vor allem eine Wiederherstellung des Vertrauens erwarte, das für die Erholung der Weltwirtschaft essenziell sei.

Schwindender Einfluss der Achtergruppe

Unter Diplomaten ist allerdings die Vermutung weit verbreitet, dass der schon im September in Pittsburgh stattfindende G-20-Gipfel der Konferenz in L'Aquila die Show zu stehlen droht und erst recht zur Vertagung heikler Entscheidungen führen könnte. Die Administration Obama hat den G-8-Gipfel bereits als eine Art von Zwischenstation zwischen den G-20-Konferenzen von London (im letzten April) und von Pittsburgh eingeordnet. Und die deutsche Bundeskanzlerin Merkel scheute sich unlängst auch nicht, offen festzustellen, dass die G-20 das Forum sei, welches die Weltwirtschaftsordnung «überwölbend» bestimmen werde.

Dass in L'Aquila kaum der Grundstein zu einem «neuen Bretton Woods» gelegt werden wird, hängt allerdings beileibe nicht nur mit der mangelnden Repräsentativität des G-8-Klubs zusammen. Unübersehbar sind auch die erheblichen Interessenunterschiede und divergierenden ordnungspolitischen «Sensibilitäten» unter den G-7-Industriestaaten selber, die sich traditionell als noch einigermaßen gut überschaubare internationale Führungsgarde auch politisch ähnlich gesinnter grosser Staaten verstanden.

Tatsächlich wird in L'Aquila auch nicht nur die G-8 konferieren. In Fortsetzung des sogenannten Heiligendamm-Prozesses sind ab dem zweiten Konferenztag erneut auch die wichtigen Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika zugelassen. Hinzu kommen auch spezielle italienische Einladungen hin Ägypten sowie fürs Forum der grösseren Volkswirtschaften auch Australien, Südkorea, Indonesien und – wegen der bevorstehenden Klimakonferenz in Kopenhagen – Dänemark. Weitere Spezialgäste für Sondersitzungen werden mehrere afrikanische Staaten sowie die Niederlande, Spanien und

die Türkei sein. Schliesslich sind auch viele internationale Organisationen vertreten.

Zwölf Gebote für «saubere» Wirtschaft

Die italienische Regierung hatte anfänglich die Verabschiedung eines «globalen Standards» zur weltweiten Durchsetzung sauberer, fairer und transparenter Praktiken in Wirtschaft und Finanz propagiert. Vor wenigen Tagen musste nun aber Berlusconi klarstellen, dass in L'Aquila erst «ein langwieriger Prozess» in die Wege geleitet werden dürfte und noch keine verbindlichen Entscheide zu erwarten seien. Immerhin will die Regierung in Rom einen gut 70 Seiten umfassenden «Entwurf» zu einem neuen Kodex für Wirtschaft und Finanz vorlegen. Zudem veröffentlichte das OECD-Sekretariat dieser Tage in Zusammenarbeit mit der italienischen G-8-Präsidentschaft einen Vorschlag zu immerhin zwölf «allgemeinen Grundsätzen und Standards für Korrektheit, Integrität und Transparenz».

Die zwölf Gebote richten sich im Besonderen dagegen, dass der internationale Wettbewerb zu einer Unterminierung sozial- und umweltpolitischer Standards führt. Zudem werden Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäscherei aufs Schärfste verdammt. Im Weiteren werden von Firmen unter anderem zeitgerechte und korrekte Informationen sowie eine Entlohnung gefordert, die mit den langfristigen Zielen der Unternehmung und einem vorsichtigen Risikoverhalten vereinbar ist.

Das elfte der zwölf Gebote wendet sich zwar auch gegen jede Form von Protektionismus, doch bleibt schleierhaft, wie dieses Postulat mit der bei den anderen Grundsätzen praktisch immer wieder erhobenen Forderung nach Fairness in Einklang gebracht werden kann. Noch höchst unzuverlässig erscheinen auch die Versprechen von Berlusconi und anderen Gipfelteilnehmern, die Dauha-Welthandelsrunde in L'Aquila endlich zu reanimieren und diese Verhandlungen möglicherweise noch in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Kampf gegen den Hunger

Daneben wollen sich die G-8-Führer, wie einige von ihnen bereits vor dem Gipfel erklärten, auch um fassbare Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel bemühen und gute Voraussetzungen für die im Dezember in Kopenhagen anstehenden Verhandlungen über ein Kyoto-Nachfolge-Protokoll schaffen. Zu den Hauptthemen des Gipfels soll erneut die Überwindung des Elends in Afrika gehören, da die Hilfsversprechen am G-8-Gipfel von 2005 im schottischen Gleneagles noch bei weitem nicht erfüllt worden sind. Zudem wollen die G-8-Länder den Hunger in der Welt ganz allgemein energischer bekämpfen, da auch in diesem Bereich die einschlägigen Ziele der Uno bisher bei weitem verfehlt worden sind. Anvisiert werden verstärkte Investitionen in den bei der offiziellen Entwicklungshilfe in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigten Agrarsektor in Drittweltländern.

Merz hofft auf Vergleich der UBS mit den USA

Geldzahlung als Ersatz für Kundendaten

Bundesrat Merz rechnet mit einem Vergleich zwischen der UBS und den USA. Vor Gericht blitzt die Grossbank gleichentags mit einer Eingabe gegen das Vorgehen der Steuerbehörde ab.

Mt. Bern, 7. Juli

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz hofft darauf, dass die Grossbank UBS um die Herausgabe weiterer Kundendaten an die USA herumkommt. Ein aussergerichtlicher Vergleich soll dies ermöglichen. Eine knappe Woche vor Beginn des Prozesses gegen die UBS in Florida hat Bundespräsident Hans-Rudolf Merz in einem Interview mit Radio DRS skizziert, wie ein Vergleich zwischen der Bank und den amerikanischen Steuerbehörden seines Erachtens am besten aussähe. In dem kurzen Gespräch sagte Merz, er rechne damit, dass ein solcher Vergleich zustande komme, denn dies sei in den USA üblich.

Ein aussergerichtlicher Vergleich bedeute aber nicht, dass der Bundesrat Hand bieten werde für die Auslieferung einer weiteren Anzahl von Kundendaten. Gerade dies sollte laut Merz durch einen Vergleich ausgeschlossen werden. Die Bank

UBS bei USA-Besuch Leuthards nur am Rande ein Thema

wm. Washington, 7. Juli

Bundesrätin Doris Leuthard hat am Montag Gespräche mit Vertretern amerikanischer Wirtschaftsverbände geführt und am Dienstag Arbeitsministerin Hilda Solis, den US-Aussenhandels-Beauftragten Ron Kirk und die Vorsitzende des Council of Economic Advisors des Präsidenten, Christina Romer, getroffen. Nach vor dem Treffen mit den beiden Kabinettsmitgliedern und Frau Romer stellte sich die Bundesrätin den pri-

Richter lehnt UBS-Eingabe ab

wm. Im Gerichtsfall zwischen der amerikanischen Steuerbehörde IRS und der UBS hat sich der Richter am Bundesbezirksgericht in Miami gegen die jüngste Eingabe der Schweizer Bank gewendet (vgl. NZZ vom 2. 7. 09). Die UBS hatte den Antrag gestellt, dass der IRS die Zahl der Namen von UBS-Kunden, welche den US-Behörden in den letzten Monaten auf verschiedenen Wegen bekanntgeworden sind, herauszugeben habe. Die UBS wollte damit zeigen, dass die flächendeckende «John Doe summons» auf die Herausgabe der Daten von 52 000 UBS-Konten ein unverhältnismässiger Antrag ist. Diese Argumentation ist in den Augen des IRS irrelevant und verkennt, dass der Antrag auf sämtliche Akten und nicht nur auf Namen und bruchstückhafte Informationen aus Selbstanzeigen zielt. Das Gericht folgte nun der Ansicht des IRS und lehnte den Antrag ab.

Für die UBS kein Thema

(ap) Eine Rückerstattung von nichtbezahlten Steuern ist für die UBS im Rechtsstreit mit der US-Steuerbehörde IRS kein Thema. Auf die Aussagen von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz über einen möglichen aussergerichtlichen Vergleich angesprochen, sagte UBS-Sprecher Dominique Gerster am Dienstagabend auf Anfrage der AP: «Die Rückerstattung von nicht-bezahlten Steuern steht gar nicht zur Debatte, daher können wir das nicht kommentieren.»

würde vielmehr mit einer Geldzahlung gewissermassen für die Steuerschulden ihrer Kunden aufkommen, welche diese dem Fiskus vorenthalten hätten. Auf die Frage, ob die Bank sich eine sicherlich hohe solche Zahlung leisten könne, antwortete er mit einem Verweis auf die jüngste Kapitalerhöhung der Bank. Ein Abschluss des Verfahrens mit einem Vergleich versetze die Bank zudem in eine bessere Situation gegenüber institutionellen Kunden und Anlegern, sagte Merz. Dies müsse der Bank einen gewissen Diskont wert sein.

mär schweizerischen Medien und wurde dabei vor allem auf den Gerichtsfall zwischen den amerikanischen Steuerbehörden und der UBS angesprochen. Frau Leuthard betonte, dass sie nicht in dieser Sache unterwegs sei. Sie werde das Thema wohl lediglich bei Frau Romer ansprechen. Die anderen Gesprächspartner hätten überhaupt keinen Bezug zum Fall UBS. Sie wiederholte – allerdings etwas weniger kategorisch als Bundespräsident Merz im April nach seinem Treffen mit Finanzminister Geithner –, dass das Vorgehen Amerikas gegenüber der UBS die parlamentarische Verabschiedung des neuen Doppelbesteuerungsabkommens in der Schweiz beeinflussen könnte.

Der Hauptzweck des Besuchs sei eine Kontaktaufnahme mit Mitgliedern der neuen Administration, legte die Wirtschaftsministerin vor den Medien dar. Dabei wolle sie auch einen Eindruck von deren politischen Prioritäten gewinnen. In diesem Zusammenhang fand sie ihre bisherige Einschätzung bestätigt, dass die Regierung Obama dem Thema Freihandel relativ wenig Gewicht beimisst. Das sei angesichts der traditionellen Führungsrolle der USA beunruhigend. In der Tat zeigt Präsident Obama bis jetzt über die üblichen Lippenbekenntnisse hinaus eine ambivalente Haltung zum freien Handel. Ebenfalls beunruhigt zeigte sich die Bundesrätin über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung in den USA. Auch dies strahle ungünstig auf die ganze Weltwirtschaft aus.

Harsche Kritik des Bankenombudsmanns

Zu wenig sorgfältige Beratung unkundiger Kunden

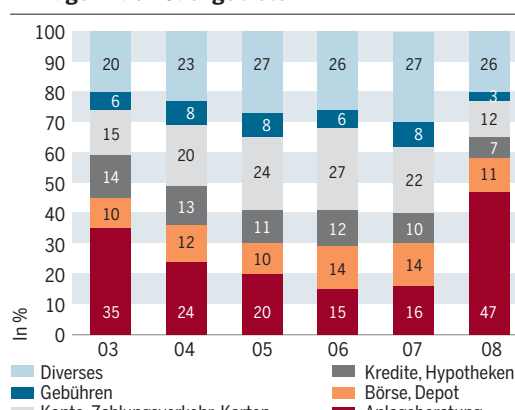
Bei der Anlaufstelle des Bankenombudsmanns ist im letzten Jahr eine Flut von Anfragen eingegangen. In vielen Fällen wurden unkundige Kunden von ihren Beratern dazu gedrängt, Produkte zu kaufen, die sich als krisenuntauglich und verlustträchtig erwiesen.

ti. Die Anlaufstelle des Schweizerischen Bankenombudsmanns hat im vergangenen Jahr mit Hochdruck gearbeitet. Vor allem nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September hat sich die Zahl der Anfragen besorgter Bankkunden vervielfacht. Insgesamt wurden dem Bankenombudsmann 4144 (i. V. 1609) Fälle unterbreitet. Mehr als 2000 Anfragen stammten von Kunden, die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Konkurses von Lehman Brothers Produkte der amerikanischen Investmentbank in ihren Depots hielten.

Vertrauen der Kunden missbraucht

Aus der Sicht von Ombudsmann Hanspeter Häni bekam erstmals ein Kundensegment die Ausläufer der Krise zu spüren, das bisher über keine Erfahrung mit Börsengeschäften verfügte. Die von der Anlaufstelle als Sparer im engeren Sinne charakterisierten Bankkunden unterscheiden sich von herkömmlichen Anlegern in erster Linie dadurch, dass sie primär auf Sicherheit setzen, einen vollen Kapitalschutz wünschen, nichts mit Absolute-Return- oder Target-Return-Produkten anfangen können und sich stark auf das Know-how ihrer Berater verlassen müssen. Die Anfragen zeigen offenbar, dass bei diesen risikoscheuen, am ehesten mit Kleinsparern zu vergleichenden Kunden der Anstoss zum Kauf eines Produkts in den weitaus meisten Fällen durch die Bank erfolgte. Dies erwies sich in jenen Fällen als fatal, in denen Berater ihre Pflichten zu wenig ernst nahmen und ihre Kunden nicht in die Lage versetzten, in Kenntnis aller relevanten Aspekte einen Anlageentscheid zu treffen. Unaufgeklärte Sparer dürfen nicht zu Anlageentscheiden gedrängt werden. Im Urteil des Ombudsmanns wurde das Ver-

Anfragen nach Sachgebieten¹



¹ Nur abgeschlossene schriftliche Fälle. Quelle: Schweizerischer Ombudsmann NZZ

trauen der Kunden in zu vielen Fällen mit den Füßen getreten. Dies birgt aus seiner Sicht die Gefahr, dass das Fehlverhalten einzelner Banken der Reputation der Branche abträglich ist.

Alte Weisheiten

Aufgrund dieser Erkenntnisse und Überlegungen hat der Ombudsmann, namentlich im Fall von Lehman-Brothers-Opfern, angeregt, schlecht beratene Kleinsparer zu entschädigen bzw. so zu stellen, als ob sie nie in Lehman-Produkte investiert hätten. Einzelne Banken sind dieser Aufforderung nachgekommen, andere nur teilweise oder gar nicht. Der Ombudsmann muss das akzeptieren, denn als Vermittler zwischen den Parteien hat er keinerlei Entscheidungskompetenzen. Wer sich als Kunde um sein Recht geprellt fühlt, muss den Gang zum Richter antreten. Dem Ombudsmann bleibt vor diesem Hintergrund nichts anderes übrig, als zwei bewährte Grundsätze in Erinnerung zu rufen: Je höher die Rendite, desto grösser das Risiko. Und: Kaufe nur das, was du auch wirklich verstehst. Als dritte Grundregel könnte man anfügen: Vertraue nie blind deinem Berater – mach dich schlau, entscheide selbst.

Nabucco-Projekt nimmt konkrete Formen an

Einstieg von Joschka Fischer als Berater

tf. Wien, 7. Juli

Nach einigem Zögern hat die Türkei dem Erdgasprojekt Nabucco endlich ihre Zustimmung erteilt. Der für kommenden Montag in Ankara geplanten Vertragsunterzeichnung der fünf Transitländer (die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich) scheint somit nichts mehr im Weg zu stehen. Die Verhandlungen für den Bau der 3300 km langen Pipeline, die an russischem Territorium vorbei aus der Gegend des Kaspischen Meers nach Zentraleuropa führen soll, verzögerten sich nicht zuletzt wegen der türkischen Forderung, 15% des durch die Pipeline fliessenden Erdgases für den eigenen Verbrauch oder Export nutzen zu können. Wieweit sich die Türkei mit dieser Forderung durchsetzen konnte, bleibt unklar. Die Kosten für den 2011 beginnenden Bau der Pipeline, mit der die EU ihre Abhängigkeit von Russland punkto Energie abzubauen hofft, werden auf 7,9 Mrd. € geschätzt. Im Kon-

sortium vertreten sind die deutsche RWE, die österreichische OMV, die ungarische MOL, die türkische Botas, die bulgarische Bulgargaz und die rumänische Transgaz.

Die Menge des dereinst maximal zu transportierenden Gases – erste Lieferungen sollen ab 2014 strömen – wird von den Betreibern mit rund 31 Mrd. m³ pro Jahr angegeben. Noch offen bleibt jedoch die zentrale Frage, aus welchen Erdgasquellen die Pipeline überhaupt gefüllt wird. Umworben werden vorab Aserbeidschan und Turkmenistan; mit der Idee von Gaslieferungen auch aus Iran tut sich die EU aus politischen Gründen derweil schwer.

Als Berater und Lobbyist für das europäische Prestigeobjekt, das bisher an zahlreichen Verzögerungen und innersuropäischen Differenzen litt, wird künftig Joschka Fischer agieren. Der ehemalige deutsche Aussenminister hat dieser Tage einen entsprechenden Vertrag mit RWE und OMV unterzeichnet. Der Einstieg Fischers ist nicht ohne politische Brisanz, zumal sich sein ehemaliger Vorgesetzter, Gerhard Schröder, als Verwaltungsratspräsident der Nord Stream AG für das Konkurrenzprojekt einer Pipeline durch die Ostsee einsetzt – ein Projekt, das von der russischen Gazprom vorangetrieben wird.

Bäloise	27	Lonza	27
BASF	23	Nabucco	19
Bayer	23	Nobel Biocare	27
BB Medtech	26, 27	PSA Peugeot Citroën	23
Comparis	26	Richemont	23
CS	27	Rivella	23
Deutsche Börse	26	Romande Energie	23
Eskom	23	Santhera	23
Gazprom	19	SGS	27
Ikea	23	UBS	27
Lear	23	Vontobel	27
		Wiener Börse	26

INHALT

UBS-Konjunkturindikator auf Talfahrt

Der UBS-Konjunkturindikator fiel im zweiten Quartal auf einen Tiefstwert, zeigt für das dritte Quartal eine Stabilisierung auf tiefem Niveau. 21

Permanente Energiekrise in Südafrika

Südafrikas staatlicher Energieversorger erhöht die Strompreise schlagartig um einen Drittel und bremst bei den Investitionen. 23

Geld oder Stelle!

Arbeitgeber greifen in Krisenphasen erstaunlich selten auf Lohnkürzungen zurück. Viel eher entlassen sie Teile der Belegschaft. 25

Reflexe

26